Artikel aus: IPPNW-Forum 153 / März 2018
Magazin der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.
www.ippnw.de | issuu.com/ippnw | forum@ippnw.de

# Verantwortung der EU für das Iran-Atomabkommen

## Erpressungspolitik der USA: Countdown zu einem neuen internationalen Konflikt

Mit der Bekanntgabe seiner Iran-Strategie hat Donald Trump das Iran-Atomabkommen im Herbst 2017 massiv in Frage gestellt. Ein für Iran entscheidendes Element dieses Abkommens ist die Aussetzung der Wirtschaftssanktionen. Dieses bedarf allerdings der jährlichen Überprüfung durch den US-Präsidenten, ob der Iran gegen das Abkommen verstoßen hat.

Obwohl die internationale Atomenergiebehörde keine Verstöße des Iran festgestellt hat, entschied sich Trump im November 2017, die Aussetzung der Sanktionen zunächst zu verschieben. Erst am 12. Januar dieses Jahres erklärte der US-Präsident, die Iran-Sanktionen vorerst auszusetzen, allerdings letztmalig. Den europäischen Verhandlungspartnern Großbritannien, Frankreich und Deutschland sollte dadurch Gelegenheit gegeben werden, binnen 120 Tagen „die schrecklichen Mängel“ im Abkommen zu beseitigen und den Iran von Nachverhandlungen zu überzeugen. Bei den Mängeln geht es dem US-Präsidenten – ganz im Sinne der US-Verbündeten im Mittleren und Nahen Osten, Israel und Saudi-Arabien – um den „Verzicht Irans auf Raketentests und Unterstützung der Terrorgruppen.“

So gesehen läuft seit Mitte Januar der Countdown zu einem neuen internationalen Konflikt, der das Potential hat, die Welt in Angst und Schrecken zu versetzen. Die US-Sanktionen sind trotz des Abkommens, auch durch Obama, de facto nie aufgehoben worden. Das Sanktionsregime wirkt entgegen der klaren Vereinbarungen im Iran-Atomabkommen weiter. Für Iran stellen sich Trumps zusätzliche Forderungen als Beginn einer neuen und ernst zu nehmenden Eskalation dar. Denn diese kommen einer inakzeptablen Einmischung in die Souveränität Irans gleich. Das iranische Raketenprogramm diene, so die iranische Regierung, der Verteidigung des Landes. Die USA zielten darauf ab, Irans Abschreckungspotential zu zerstören und das Land gegenüber seinen Feinden schutzlos zu machen. Sollte Trump nunmehr auch offiziell Sanktionen gegen den Iran verhängen und damit den Atomdeal aufkündigen, würde Iran „innerhalb von Minuten sein nukleares Programm reaktivieren“, erklärte der iranische Präsident Hassan Rouhani.

Trump verfolgt das Ziel, den Iran zur Aufkündigung des Abkommens zu provozieren. Damit wäre der gefährliche Nuklearkonflikt, der schon 2006 beinahe zu einem Krieg des Westens gegen den Iran geführt hätte, in vollem Umfang wieder auf der Weltbühne. George W. Bush benutzte damals das iranische Atomprogramm als Vorwand, um einen Regime Change im Iran herbeizuführen, notfalls auch gewaltsam. Nun nimmt Trump das völkerrechtlich bindende Abkommen mit Iran selbst zum Anlass, um den Iran als Regionalmacht auszuschalten, notfalls durch einen neuen Krieg im Mittleren Osten.

Die EU und die deutsche Bundesregierung, die starken Anteil am Zustandekommen des Iran-Atomabkommens hatten, widersprachen der Absicht des US-Präsidenten, das Atomabkommen mit Iran in Frage zu stellen, umgehend und unmissverständlich. So warnte der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel davor, das Iran-Abkommen aufs Spiel zu setzen, es handele sich „um ein beispielhaftes Abkommen gegen die nukleare Weiterverbreitung“. Demonstrativ trafen die drei EU-Außenminister von Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini am 11. Januar 2018 – einen Tag vor Trumps neuer Stellungnahme – den iranischen Außenminister Mohammed Dschawad Sarif in Brüssel, um ihre Unterstützung des Iran-Atomdeals zu unterstreichen.

Diese gegenwärtige Haltung der Bundesregierung und der EU verdient die Unterstützung der Friedensbewegung. Dennoch bleibt nicht zu vergessen, dass die EU in der Vergangenheit die Strategie der US-Regierung unter George W. Bush im Iran-Atomkonflikt aktiv mitgetragen und teilweise sogar verstärkt hat. Es darf auch nicht übersehen werden, mit welcher Intensität die Regierungen der meisten NATO-Staaten, einschließlich der EU und ihrer „Leitmedien“, das Feindbild Iran aufgebaut und damit eine regelrechte psychologische Kriegsvorbereitung betrieben haben.

Dreh- und Angelpunkt des Atomdeals mit Iran bildet die Aufhebung der US-Sanktionen, vor allem gegen die iranische Wirtschaft. Nur dadurch ließen sich die massiv gegen das Abkommen opponierenden Hardliner der Islamischen Republik überhaupt für den Deal einbinden. Bei den US-Sanktionen gegen den Iran handelt es sich jedoch um ein „exterritoriales“ Instrument, das nicht nur die US-Firmen bei

SCHON 2012 WAR EINE IPPNW-DELEGATION IN TEHERAN, UM SICH ÜBER DIE SANKTIONEN ZU INFORMIEREN – HIER: ZU BESUCH IM TEHRAN PEACE MUSEUM.

jeglichen Wirtschaftsbeziehungen mit Iran mit Geldstrafen in astronomischer Höhe belegt, sondern auch sämtliche globale Unternehmen und Banken, die mit den USA Geschäftsbeziehungen unterhalten. Um negativen Auswirkungen für die eigene Wirtschaft vorzubeugen, hatte die EU ihre eigenen Iran-Sanktionen ab 2012 denen der USA weitgehend angepasst. Nach dem Inkrafttreten des Iran-Atomabkommens hat die EU zwar die eigenen Sanktionen formal aufgehoben, hält sich jedoch – offensichtlich aus Angst vor den Auswirkungen der Sekundärsanktionen der USA – faktisch weiterhin an die US-Sanktionspolitik. (*Sekundärsanktionen:* Strafen gegen Akteure außerhalb der USA, die mit Iran handeln) So liegen sämtliche Absichtserklärungen der EU-Unternehmen gegenüber der iranischen Regierung, die nach der Atomvereinbarung mit Iran zustande gekommen sind, bis heute auf Eis.

Die EU steht somit vor einem offensichtlich unauflösbaren Dilemma: Entweder lässt sie sich auf Trumps erpresserische Forderung ein, das Atomabkommen mit dem Iran nachzuverhandeln. Oder aber die EU beharrt auf der Verteidigung des Iran-Abkommens und zwar ohne Nachverhandlung des Raketenproblems und riskiert dabei, dass Trump seine Drohung spätestens im Mai wahr macht und die US-Sanktionen gegen Iran auch formell wieder in Gang setzt. In beiden Fällen ist das Ergebnis dasselbe: das Ausscheren Irans aus dem Nuklearabkommen, weil die Hardliner im Iran sich hinsichtlich ihres Misstrauens gegenüber den USA und der EU bestätigt sähen und ihre Zustimmung zum Abkommen zurücknehmen würden.

Dieses schwerwiegende Dilemma resultiert übrigens aus der blinden US-Gefolgschaft der EU bei der bisherigen US-Mittel- und Nahostpolitik. Gerade der Konflikt um den Umgang mit dem Iran-Atomabkommen zeigt, wie dringend es für die EU geworden ist, eine aus den eigenen langfristigen Interessen abgeleitete und an eine friedliche Kooperation mit allen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens angelehnte Politik zu entwickeln und sie auch offensiv durchzusetzen. Dazu bietet dieser Konflikt der EU vielleicht auch die historische Chance, ihre Iran- und Mittelostpolitik auf neue und von den Vereinigten Staaten unabhängige Gleise zu stellen. Ein neuer Krieg im Mittleren Osten muss auf jeden Fall verhindert werden. Folgende Schritte könnten helfen, diese Perspektive aktiv voranzutreiben:

Um die unheilige Allianz zwischen Trump und inneriranischen Gegnern des Atomdeals zu durchbrechen, müsste die EU alles unternehmen, um mögliche US-Sanktionen gegen Iran zu unterminieren. Dazu könnte die EU-Kommission alle Unternehmen und Banken, die mit Iran Geschäftsbeziehungen pflegen wollen, notfalls durch Übernahme des zu erwartenden Schadensersatzes als Folge der von den USA verhängten Bußgelder unterstützen. Ferner müsste die EU den Haager Gerichtshof anrufen, um das Erpressungsinstrument „Exterritoriale Sekundärsanktionen“ als völkerrechtswidrig zu verurteilen.

Es dürfte Trump schwer fallen, in den USA einen innenpolitischen Konsens für einen Krieg gegen Iran herzustellen, wenn klar ist, dass er sich eine massive Ablehnung der EU einhandeln würde. Deshalb müsste die EU schon jetzt erklären, dass sie einen Krieg gegen Iran ablehnt und sich nicht an ihm beteiligen wird. Schließlich und endlich wäre es anlässlich des Konflikts um das Iran-Atomabkommen angebracht, dass die EU ankündigt, alsbald die UN-Konferenz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren und Nahen Osten zu aktivieren, die 2014 durch die USA und Israel blockiert worden war. Dafür müsste aber erst der Strukturfehler des UN-Beschlusses behoben werden, wonach alle betroffenen Staaten der Konferenz zustimmen müssten. Gerade weil diese Vorbedingung durch die USA und Israel als Veto zur Verhinderung der Konferenz missbraucht wurde, könnte die UN-Konferenz zuerst durch Teilnahme von willigen Staaten beginnen und erst in einem späteren Stadium um sämtliche betroffene Staaten erweitert werden.

Diese Perspektive bietet sich auch geradezu für die Aufarbeitung und Regelung vieler anderer Konflikte im Mittleren und Nahen Osten an, beispielsweise den Syrienkonflikt. Damit könnte die seit langem von außen in die Region hineingetragene Politik der Spaltung und Vertiefung von religiösen und ethnischen Feindschaften, des regionalen Wettrüstens und zahlreicher Kriege endlich ein Ende gesetzt werden.

**Die ausführliche Version dieses Artikels finden Sie unter: ippnw.de/bit/iran**

Mohssen Massarat ist em. Professor für Politik und Wirtschaft, Nahostexperte und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der IPPNW.